

Spielberger

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
19A041806 E



Nachrichten

Nummer 46, März 2020

Gemeindezeitung der KPÖ



Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichisch Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

KPÖ im Gemeinderat - ein Rückblick

Am 22. März wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Es liegt an den WählerInnen zu entscheiden, welche Partei wie stark im künftigen Gemeinderat vertreten ist.

Wir wollen mit dieser Zeitung einen Rückblick geben: Über unsere Tätigkeit im Gemeinderat und in der Region und wie wir in wichtigen Fragen Stellung bezogen haben.

Damit wollen wir in Erinnerung rufen in welchen Bereichen wir aktiv waren und welche Fragen in den letzten Jahren wichtig für unsere Region waren.

Wir hoffen dieser Rückblick ist eine Hilfestellung bei Ihrer Wahlentscheidung.

Ihre KPÖ GemeinderätInnen
Erich Wilding Petra Lorberau



Information & Diskussion

Claudia Klimt-Weithaler,
Klubobfrau der KPÖ im Landtag

Martin Schriebl-Rümmele
Gesundheits- und Wirtschaftsjournalist



Unser krankes Gesundheitssystem

Di. 17. 03. 2020, 18:00 Uhr
Resti, Josefiplatz 3, Fohnsdorf

Wir laden herzlich ein!



Grundsätzliches zum Gemeinderat



Der Spielberger Gemeinderat

Der Spielberger Gemeinderat hat 25 Mitglieder. Die SPÖ hat 15 Mandate und damit die absolute Mehrheit, die ÖVP hat vier, die FPÖ vier und die KPÖ zwei Mandate. Im Stadtrat sind nur SPÖ, ÖVP und FPÖ vertreten.

Wir bringen Ideen und Vorschläge ein. Um etwas umsetzen zu können ist eine Mehrheit, und somit die Zustimmung der SPÖ nötig. Deshalb braucht es oft viel Geduld und einen langen Atem um etwas durchzusetzen - **aber wir sind hartnäckig.**

Wer bezahlt die Gemeindevorhaben?



Vor den Gemeinderatswahlen werden Zeitungen verschickt. Über vergangene und zukünftige Gemeindevorhaben und hohe Investitionssummen

wird informiert. Es wird dargestellt, wie viel für die Gemeinde geleistet wurde.

Oft sind das aber Projekte, deren Durchführung ohnehin dringend erforderlich war. Beinahe entsteht der Eindruck, als wären das alles Geschenke der SPÖ an die SpielbergerInnen.

Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Haupteinnahmen einer Gemeinde bestehen aus den Gebühren, die von den GemeindebürgerInnen eingehoben werden und den Ertragsanteilen. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt diese nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Länder und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Hauptanteil der Gemeindeeinnahmen aus.

Massensteuern liefern den Löwenanteil

Die wesentlichsten Steuereinnahmen des Bundes kommen aus Massensteuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. Hingegen ist der Anteil, den die Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zum Steuerkuchen beiträgt in den vergangenen Jahren ständig gesunken.

Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen, die in Bund, Land und Gemeinden erbracht werden durch ihre Steuerzahlungen selbst.

Vermögen und Gewinne müssen viel stärker besteuert werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Damit die Gemeinden in der Lage sind für ihre BewohnerInnen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen müssen sie genügend Mittel bekommen. Wir meinen diese Gelder dürfen aber nicht nur aus den Taschen der arbeitenden Menschen kommen. Gäbe es eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen hätten alle Gemeinden genügend Geld.

Einige GemeindefunktionärInnen bekommen Bezüge

Der Gemeinderat beschließt das Gemeindebudget und alle wichtigen Vorhaben. Er wählt auch den Bürgermeister. Neben dem Bürgermeister gibt es auch andere Gemeinderatsfunktionen.

Die Höhe der Bezüge gerundet, monatlich, brutto 14 x im Jahr

Der Stadtrat:	
Bürgermeister (SPÖ)	5.455 €
1. und 2. Vizebürgermeister (SPÖ und ÖVP)	je 1.637 €
Finanzreferentin (SPÖ)	1.637 €
Stadtrat (FPÖ)	1.091 €

Es gibt sicher GemeindefunktionärInnen, die engagiert sind und gute Ideen haben - aber die Bezahlung ist jedenfalls sehr hoch!

Die Ausschüsse

Neben dem Stadtrat gibt es noch Ausschüsse. Alle Ausschüsse werden von Mitgliedern der SPÖ-Fraktion geleitet.

Nur der Prüfungsausschuss muss laut Gesetz von der kleinsten Gemeinderatsfraktion geführt werden. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding ist Obmann des Prüfungsausschusses.

Die Spielberger Regelung



In den meisten Gemeinden bekommen auch die Vorsitzenden eines Ausschusses einen Bezug. Dieser kann bis zu 20 % des Bürgermeistergehalts ausmachen. In Spielberg bekommen die Ausschussvorsitzenden keine Bezüge, es gibt ein Sitzungsgeld für die Mitglieder.

Damit hebt sich Spielberg positiv von anderen Gemeinden in der Region ab.

Das Ende der „Binderbauer-Regelung“

Die Höhe des Bezuges des Bürgermeisters richtet sich nach der Anzahl der EinwohnerInnen der Gemeinde. Als Spielberg die 5.000 Einwohner-Grenze überschritten hat, hätte das Bürgermeistergehalt angehoben werden können. Unter Altbürgermeister Kurt Binderbauer wurde die Entscheidung getroffen diesen Sprung nicht zu machen.

Vom Bezug des Bürgermeisters berechnet sich auch die Höhe der Zahlungen an die anderen Mitglieder des Stadtrates. Sie erhielten daher auch weniger. Diese vorbildliche Entscheidung wurde mit Beginn der jetzigen Gemeinderatsperiode zurückgenommen.

Ab 2015 sind die Bezüge aller Stadratsmitglieder entsprechend der Einwohnerzahl erhöht worden. KPÖ-GR Erich Wilding hat im Gemeinderat vorgeschlagen die niedrigeren Bezüge beizubehalten. Leider erhielten wir von den anderen Fraktionen keine Unterstützung.

Wir haben immer anerkannt, dass die alte Vorgangsweise vorbildlich war - und das auch in unserer Zeitung berichtet. Leider ist es mit dieser Vorbildwirkung für andere Gemeinden vorbei. Wir fragen uns, warum war es unter Bürgermeister Kurt Binderbauer möglich sich mit einem niedrigeren Einkommen zufrieden zu geben, und jetzt nicht mehr?

Wohnunterstützung

Die SPÖ/ÖVP Landesregierung hat die Wohnbeihilfe durch die viel schlechtere Wohnunterstützung ersetzt. Dagegen ist die KPÖ erfolgreich aktiv geworden.



Wir haben – auch in Spielberg – Unterschriften gesammelt, haben Protestkundgebungen organisiert und waren im Landtag und in Gemeinderäten aktiv. Im Spielberger Gemeinderat haben wir den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle vom Land die Rücknahme der Verschlechterungen fordern.

Obwohl die Verschlechterungen für Menschen mit kleinem Einkommen ein großes Problem waren, haben SPÖ, ÖVP und FPÖ unseren Antrag nicht angenommen. Er wurde in den Sozialausschuss verwiesen. Eine Aufforderung an das Land die Verschlechterungen zurückzunehmen erfolgte nicht.

So wie wir durch Hartnäckigkeit die Abschaffung des Regresses erreichen konnten, haben wir letztlich auch bei der Wohnunterstützung Verbesserungen durchgesetzt.

Wie ist das bei der KPÖ?

In der KPÖ gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 €

Die PolitikerInnenbezüge sind zu hoch. Wie sollen PolitikerInnen die Probleme der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren Einkommen von ihren WählerInnen abheben?

Aber wir kritisieren nicht nur, wir geben auch das persönliche Beispiel. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat. Alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Der KPÖ-Sozialfonds



KPÖ-Mitarbeiter Josef Meszlenyi, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.

Wir führen Sozialsprechstunden und Beratungen durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Sie geben jedes Monat mehr als 5.000 Euro in den Fonds – aber mit diesen Einzahlungen müssen wir die gesamte Steiermark abdecken. Deshalb können wir nur kleine Beträge geben. Die Lebensbedingungen vieler Menschen sind so karg, dass sogar eine Spende von 30 Euro eine große Hilfe ist. Die großen Unterschiede zwischen arm und reich in unserem Land sind eine soziale Schande.

**„Reichtum ist wie Mist:
Auf einem Haufen stinkt er.
Aber gut verteilt kann er
Österreich zum Blühen bringen.“**

Caritas Präsident Michael Landau

KPÖ-Sozialfonds Murtal

Seit Oktober 2005 gab es 2.242 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 122.923 Euro unterstützt wurden.

KPÖ: Ehrlich - kritisch - konsequent

Ärztmangel - Zwei Klassen Gesellschaft

Die ärztliche Versorgung ist auch bei uns ein Problem. Zum Beispiel gibt nur mehr einen Frauenarzt mit Kassenvertrag, der keine Patientinnen mehr nimmt. Mehrere Hausarztstellen sind unbesetzt. Das Land plant drastische Kürzungen bei den Kassenarztstellen.



Wer es sich leisten kann, kann auf WahlärztInnen ausweichen. Wer kein Geld hat bleibt auf der Strecke. Wir machen die Probleme im Gesundheitssystem zum Thema.

Erst durch unsere Diskussionsveranstaltung wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass das Bereitschaftsärztesystem massiv verschlechtert wird. In unserer Gemeindezeitung haben wir angeregt, dass der Sozialhilfeverband Menschen mit geringem Einkommen bei den Wahlarztkosten unterstützen soll.

Frauen - noch immer benachteiligt



Nelkenverteilung zum Internationalen Frauentag

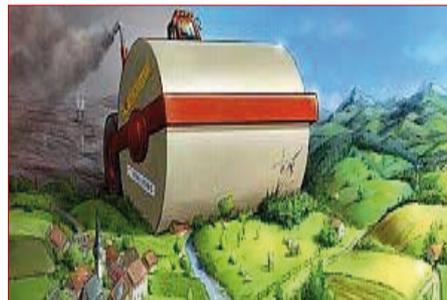
Es ist empörend wie viel Ungleichheit immer noch besteht. Frauen erledigen den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, haben die schlechteren Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt.

Jedes Jahr veranstaltet die KPÖ ein Fest zum Internationalen Frauentag und verteilt Nelken um die Frauen an ihre Rechte zu erinnern.

Wir haben den Antrag gestellt, dass Wirtschaftsförderungen der Gemeinde sollen nur mehr an Betriebe ausgezahlt werden, die Männer und Frauen gleich bezahlen. Unser Antrag wurde umgesetzt.

Unser Antrag, der Gemeinderat solle sich für das Frauenvolksbegehren aussprechen und das Volksbegehren mit einem Artikel in der Gemeindezeitung unterstützen wurde nur mit den Stimmen von KPÖ und SPÖ beschlossen. ÖVP und FPÖ sprachen sich dagegen aus.

Für einen sorgsamen Umgang mit dem Boden Österreich ist Spitzenreiter in der Versiegelung von Grünland. Trotz schöner Sonntagsreden geht die Verbauung immer weiter.



Die zunehmende Bodenversiegelung ist ein großes Problem. Boden ist eine Ressource die nicht unendlich vorhanden ist. In Zeiten des Klimawandels sollte Grünland nur in sehr begründeten Ausnahmefällen verbaut werden.

Umweltanwältin Hofrätin MMag. Ute Pöllinger hat in ihrer Einwendung zum Spielberger Flächenwidmungsplan kritisiert, dass einer großen Fläche an Neuausweisungen als Bauland nur wenige Rückwidmungen gegenüberstehen. „Darüber hinaus darf der oberflächliche Umgang mit dem Schutzgut Boden hinterfragt werden.“

Der Bau der Playworld oder die Pläne zur Errichtungen eines Autohauses oder der Casa Bugatti auf der grünen Wiese zeigen, dass Vermeidung von Bodenversiegelung für SPÖ, ÖVP und FPÖ kein

Thema ist. Wir haben gegen diese Flächenwidmungsplanänderung gestimmt.

Tierschutzvolksbegehren



Eine tiergerechte Landwirtschaft, Kennzeichnung von Lebensmitteln und mehr Transparenz für KonsumentInnen sind einige der Forderungen. Die KPÖ unterstützt das Tierschutzvolksbegehren. Mehr Informationen auf: tierschutzvolksbegehren.at

Senkung der Kreditzinsen

Bereits 2016 ist uns aufgefallen, dass die Gemeinde Spielberg bei einigen Darlehen höhere Kreditzinsen bezahlt als die Gemeinden Knittelfeld oder Zeltweg.



Wir haben mehrmals angeregt die Gemeinde solle mit den Banken Verhandlungen über Zinssenkungen führen. Aber

erst 2019 wurde die Gemeinde im Zuge des Urteils über die Weitergabe von Negativzinsen aktiv.

Es wurde eine private Beratungsfirma beauftragt die Gemeinodarlehen zu überprüfen. Einige Kredite wurden zu besseren Bedingungen umgeschuldet. Die Gemeinde erspart sich dadurch einiges an Steuergeld.

Warum wurde man nicht schon damals aktiv? Durch Nachverhandlungen und Umschuldungen hätte sich die Gemeinde schon seit Jahren einiges an Geld ersparen können. Außerdem stellen wir uns die Frage, warum man nun eine private Beratungsfirma verdienen lässt?

KPÖ: Für eine lebenswerte Region

Lärm - ein sehr großes Problem



Das Aichfeld hat ein massives Lärmproblem. Eurofighter, Autobahn, ÖBB, Red-Bull-Ring, Nachbarschaftslärm – es gibt viele Lärmquellen.

Lärm ist eine große Belastung und gefährdet die Gesundheit. Aber dieses Problem wird von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht ernst genommen. Seit Jahren bringen wir das Thema ein und fordern Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung – und stoßen dabei auf „taube Ohren“.

Lärmdaten des Red-Bull-Rings nicht eingearbeitet

Wir haben in unserer Zeitung eine Lärmkarte veröffentlicht, die verdeutlicht, wie stark die Lärmbelastung durch den Red Bull Ring ist. Anstatt nach Lösungen zu suchen wurden die Lärmdaten des Red-Bull-Rings gar nicht in den neu beschlossenen Flächenwidmungsplan eingearbeitet. Damit entsprechen die Ausweisungen des Flächenwidmungsplans nicht der tatsächlichen Lärmverhältnissen.

Fluglärmmzonen erweitert

Nun hat das Bundesheer nach Lärmmessungen die Lärmzonen erweitert und Einspruch gegen den geplanten Bau eines Kindergartens erhoben. Die dort zu erwartende Lärmbelastung von 60 dB ist viel zu hoch, als dass dort eine Kinderbetreuungseinrichtung gebaut werden darf. 60 dB sind nur der Durchschnitt. Laut Angaben des Bundesheeres ist mit Lärmspitzen bis zu 105(!) dB zu rechnen.

Beim Fluglärm geht es aber nicht nur um zukünftige Vorhaben, son-

dern auch um die Belastung der Menschen in den bereits bestehenden Objekten. Betroffen sind sowohl das Schulzentrum als auch bestehende Wohnanlagen.

Die neuen Lärmdaten haben zwar keinen Einfluss auf die Genehmigung bereits errichteter Gebäude. Der Lärm dort ist aber Realität und übersteigt die gesetzlichen Grenzwerte. Grenzwerte sind nicht willkürlich, sondern dienen dem Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Schäden.



Da die Grenzwerte beim Fluglärm bei einigen bestehenden Anlagen überschritten werden und die Daten des Red Bull Rings gar nicht eingearbeitet sind, muss mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und möglichen Schäden gerechnet werden.

Zuerst Lärmerhebung - dann Maßnahmen

Wir sind der Meinung die Lärmbelastung darf nicht einfach hingenommen werden.

Zuerst müsste die reale Lärmsituation erfasst werden. Schon lange fordern wir die Erstellung eines Lärmkatasters für Spielberg - bisher vergeblich. Dann müsste versucht werden die Belastung durch die einzelnen Lärmquellen zu reduzieren.

Lärm betrifft die Entwicklung der ganzen Region. Wenn bestimmte Bebauungen wegen des Lärms undurchführbar sind, hat das großen Einfluss wie sich die Gemeinden im Murtal entwickeln können.

Es müsste das gemeinsame Anliegen aller PolitikerInnen sein Druck zu machen und vom Ver-

teidigungsministerium, Red Bull, Asfinag und ÖBB Verbesserungen zu erreichen. Es geht um die Entwicklung des Murtals und die Gesundheit der Menschen.



Bundesheer erwartet noch mehr Fluglärm

In seiner Stellungnahme zur Flächenwidmungsplanänderung spricht das Bundesheer von einer „**möglichen Zunahme des stärkeren Militär-Flugbetriebes, insbesondere mit leistungsstärkeren Militärluftfahrzeugen, entstehenden Umweltbelastungen (Emissionen, Immissionen) und eine dadurch bedingte erhebliche Zunahme der Fluglärmbelastung im Umfeld des Militärflugplatzes ZELTWEG**“.

Bei allen, die ein lebenswertes Aichfeld wollen, müssen die Alarmglocken läuten.

Kostenlose Mietrechtsberatung



In unserem Büro in Knittelfeld in der Friedensstraße 10 werden MieterInnen

kostenlos in Fragen des Mietrechtes beraten.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus Knittelfeld.

KPÖ: Sozial - gerecht - glaubwürdig

Uns ist kein Thema zu klein



Oft sind es die nur scheinbar „kleinen Dinge“, die wichtig für das Wohlbefinden sind. Wenn uns Dinge auffallen oder an uns herangetragen werden bringen wir sie in den Gemeinderat.

Einige Beispiele: Wir haben schon öfter hingewiesen, dass der Birkachweg sehr desolat ist. Wir haben auch angeregt, dass es vor der Sanierung eine AnrainerInnenversammlung stattfinden soll. GR Petra Lorberauer hat auf einen fehlenden Trinkwasserbrunnen beim Spielplatz Hauptschule und fehlende Aschenbecher bei den Bushaltestellen hingewiesen.

Für Frieden und Neutralität gegen Rüstung und Airpower



Die KPÖ setzt sich konsequent für Neutralität und Frieden ein und ist gegen Aufrüstung. Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion.

Früher gab es in der ATB in Spielberg die meisten Arbeitsplätze in der Region. Heute hat der Fliegerhorst Zeltweg die meisten Beschäftigten. Das ist keine gute Entwicklung.

Katastrophenschutz statt Fliegerschutz

Wir meinen, es wäre besser gewesen die Milliarden für Eurofighter und

Flughafenumbau für zivile Projekte zu verwenden. Statt der Umrüstung der bestehenden oder den Ankauf neuer Abfangjäger sind wir für die Umstellung des Fliegerhorstes auf Katastropheneinsätze. Die werden leider in Zukunft immer häufiger notwendig sein.

Wir sind gegen die klimaschädigende Rüstungsshow Airpower und haben die „Peacehour statt Airpower“ mitveranstaltet.

Unser Antrag kein Steuergeld für die Airpower zu verschwenden und dass die Airpower 2019 die letzte gewesen sein soll wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Krisenwohnung

In unserer Region gibt es keine Schutzwohnungen wohin Frauen vor Gewalt fliehen können und betreut werden. Darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen.



Wenigstens konnten wir erreichen, dass es in Zeltweg eine Krisenwohnung gibt, in der Menschen bei vorübergehenden Wohnproblemen einziehen können.

Minex - viele offene Fragen

Die Firma Minex plant in Zeltweg ein Verhüttungswerk zu bauen. Gegen das Projekt gibt es bis heute massive Bedenken. Eine sehr aktive Bürgerinitiative ist entstanden.

Auf eine Anfrage von KPÖ-GR Erich Wilding zwecks einer Unterstützung gegen Minex meinte Bürgermeister Manfred Lenger noch vor mehr als einem Jahr, er werde sich nicht in die Belange der Nachbargemeinde Zeltweg einmischen.

Erst auf Grund der Aktivität von FPÖ und KPÖ kam es in der vorletzten Gemeinderatssitzung zu einem einstimmigen Beschluss für eine Forderung nach einer Geosteinsuntersuchung.

Zuvor hat Ao.Prof DI Dr. Christian Weiß, Verfahrenstechniker an der Montanuniversität Leoben und KPÖ-Gemeinderat in Trofaiach auf Initiative der KPÖ den Umweltausschuss über die Problemlage beim Verhüttungsprozess der Fa. Minex informiert.

Dr. Weiß war es auch, der als einer der Ersten auf mögliche Komplikationen beim Verhüttungsverfahren durch das Vorhandensein von Asbest im Gestein hingewiesen hat.

Bis jetzt sind die Verfahren, trotz vor kurzem aufgetauchter neuer Erkenntnisse - im Sinne der Firma Minex ausgegangen. Noch sind nicht alle Rechtsmittel ausgeschöpft, der endgültige Ausgang ungewiss.

Sollte das Werk gebaut werden, müssen strenge Auflagen zum bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vorgeschrieben werden, z.B. Regelmäßige Kontrollen aller Abluftströme. Probenahme und Analysen sollten unbedingt von einem unabhängigen Fachinstitut durchgeführt werden. Die Untersuchungsergebnisse sind verpflichtend in geeigneter Form der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Bauanbote:

Enorme Unterschiede

Immer wieder ist uns aufgefallen, dass es bei den Anboten zu verschiedenen Bauvorhaben enorme Preisunterschiede gibt.

Beispiel Sanierung Linderweg

Für die Sanierung des Linderweges haben sieben Firmen folgende Angebote abgegeben:

Fa. Kostmann	290.695,26€
Fa. Steiner Bau	355.333,20€
Fa. Leithäusl GmbH	385.377,72€
Fa. Hitthaller + Trixl	436.497,66€
Fa. Teerag Asdag AG	445.641,72€
Fa. Swietelsky	459.302,33€
Fa. Strabag AG,	469.628,16€

Bei diesem Bauauftrag legte die Firma Kostmann das deutlich beste Angebot vor. Bei der Sanierung ➡

➔ von Volksschulstraße und Kirschweg gab die Firma das teuerste Anbot ab.

Wie ist es möglich, dass ein Betrieb einmal deutlicher Bestbieter und dann wieder die bei weitem teuerste Firma sein kann? Und wie erklären sich die zum Teil großen Preisunterschiede innerhalb der Angebote für ein und dieselbe Leistung?

Wir haben im Gemeinderat ange-regt, die Gemeinde solle für diese Frage die Meinung von unabhängigen Experten, z.B. vom Land, einholen. Das ist leider nicht ge-sehen.

Asbestdeponie

In Fischening wird eine Deponie für Abfallstoffe, darunter auch Asbest-abfälle, geplant. Viele Menschen sind besorgt, eine Bürgerinitia-tive ist entstanden. Der Spielberger Gemeinderat hat eine einstimmige Ablehnung beschlossen.

Mit Abfallstoffen ist viel Geld zu machen. Je gefährlicher der Ab-fall, desto größer der Profit. Die Entsorgung von Abfallstoffen soll-te deshalb nur durch die öffentli-che Hand erfolgen.

Leider kein Kautionszuschuss

Ein Wohnungswechsel ist oft mit hohen Kosten verbunden. Eine große Hürde ist die Aufbringung der Kautions.

Wir haben den Antrag auf einen einmaligen Zuschuss der Gemein-de zur Kautions in der Höhe von 200 Euro gestellt. Das wäre eine Hilfestellung für Menschen mit geringem Einkommen. Außerdem ist es auch gut für unsere Gemeindefinanzen, wenn sich neue Bewo-nerInnen ansiedeln. Leider wurde der Antrag von der SPÖ abgelehnt.

Wohnen darf nicht arm machen 

Für ein Verbot von Glyphosat

Glyphosat ist das meistverwen-dete Herbizid der Welt. 2015 be-wertete die World Health Organi-sation (WHO) den Wirkstoff als potentiell krebserregend. Rück-stände von Glyphosat lassen sich

in Böden, Wasser und Luft - und somit auch im menschlichen Kör-per feststellen.



Der Gemein-derat hat auf Anregung der KPÖ beschlos-sen, dass der Spielberger

Gemeinderat die Bundesregierung auffordert sich für ein Verbot von Glyphosat einzusetzen.

Das wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und KPÖ beschlossen. Die ÖVP hat sich der Stimme enthalten, was laut Gemeindeordnung als Gegenstimme zu werten ist.

Mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS wurde die ös-terreichische Bundesregierung auf-gefordert umgehend das Glypho-sat-Verbot umzusetzen. Inhaltlich zuständig ist dafür die Landwirt-schaftsministerin Elisabeth Köst-inger. Bisher wurde dem demo-kratischen Willen des Parlaments allerdings nicht Folge geleistet.

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die nächste Gemeinderatsperiode:



GR Erich Wilding
geb. 1962, Angestellter



GR Petra Lorberau
geb. 1973, Hausfrau



Bianca Weber,
geb. 1976, Schulassistentin

Wir ersuchen um Ihr Vertrauen!

KPÖ: Für Steuergerechtigkeit!

Lustbarkeitsabgabe: Sonderregelung für Red Bull
Für Veranstaltungen muss an die Gemeinde eine Lustbarkeitsabgabe bezahlt werden. Zuerst haben SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen, dass Red-Bull diese Steuer in Form eines jährlichen Pauschalbetrags bezahlen kann.



Die Höhe der Lustbarkeitsabgabe hängt von den Einnahmen des Kartenverkaufs ab. Eine Anfrage der KPÖ-

Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg an den damaligen LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer ergab, dass eine Pauschalzahlung nicht gesetzeskonform ist.

Die Gemeinde Spielberg hat daraufhin, gegen die Stimmen der KPÖ, ihre Lustbarkeitsabgabenordnung geändert. Der Steuersatz für Motorsportveranstaltungen wurde von 25 auf fünf Prozent des Entgeltes reduziert.

Steuerschonende Konstruktion entworfen

Aus einer weiteren schriftlichen Anfrage der KPÖ an das Land geht hervor, dass eine besondere Konstruktion gefunden wurde, damit Red Bull genau den vereinbarten Pauschalbetrag bezahlen kann. Diese Konstruktion ist nach Auffassung des Landes gesetzeskonform und wird im Stadtrat (SPÖ, ÖVP, FPÖ) behandelt und abgesehenet.

Das mussten wir zur Kenntnis nehmen. Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack, verbunden mit der Erkenntnis, dass Land und SPÖ, ÖVP und FPÖ alles tun, damit ein milliardenschwerer Getränkekonzern möglichst wenig Steuern bezahlt.

Keine Lustbarkeitsabgabe für AC/DC Konzert

Beim AC/DC Konzert 2015 war Red-Bull Mitveranstalter. Deshalb galt für diese Veranstaltung die „Red-Bull-Steuerpauschale“.

Beim AC/DC Konzert waren laut Medienberichten rund 115.000 Besucher. Die Karte kostet von 99 Euro aufwärts. Diese eine Veranstaltung hat sicherlich bereits den Jahresbetrag der Steuerpauschale hereingepült. Die Gemeinde hat auf mehrere 100.000 Euro an Steuereinnahmen verzichtet.

Keine Lustbarkeitsabgabe für Rolling Stones

Das Konzert der Rolling Stones 2017 wurde nicht von Red Bull veranstaltet. Trotzdem wurde keine Lustbarkeitsabgabe bezahlt.

Auf unsere Nachfrage wurde erklärt, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ im Stadtrat beschlossen hatten auf die Lustbarkeitsabgabe zu verzichten. Auch hier ging es um mehrere 100.000 Euro für das Gemeindebudget.



Neoliberale Regierungen müssen endlich damit aufhören, Konzerne und Superreiche mit Steuergeschenken zu beglücken!



Indoor Kart-Halle - Weitere Steuergeschenke?

Diese Frage stellen wir uns nach einem kürzlich erschienen Medienbericht. Demnach hat sich der Besitzer der Spielberg Indoor-Karthalle in einem Facebook-Posting darüber beklagt, dass ihm ein Nachlass der Lustbarkeitsabgabe von 50 Prozent versprochen worden wäre - geworden seien es dann „nur“ 30 Prozent.

Bürgermeister Manfred Lenger in der Zeitung: „Wir sind Herrn Enzinger in dieser Angelegenheit eher entgegengekommen“. Dieser Nachlass wurde im Gemeinderat weder berichtet, geschweige denn beschlossen. Wir fragen uns in wie vielen Fällen und in welcher Höhe

wurden weitere Steuernachlässe gewährt?

Wo bleibt die Steuergerechtigkeit?

Wenn die Gemeinde bei Großveranstaltungen, Konzernen und bestimmten Unternehmern auf Steuereinnahmen verzichtet, ist das ein Schlag gegen die Steuergerechtigkeit.



Lohnsteuer, Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer werden sofort abgezogen. Man hat gar keine Möglichkeit nicht zu bezahlen.

Auch die Gemeindeabgaben, wie Wasser, Kanal oder Müllabfuhr, werden regelmäßig eingehoben.

Probieren Sie einmal, wie weit sie bei der Gemeinde mit einem Antrag auf Abgabensenkung kommen. Die „Großen“ können es sich richten, die „Kleinen“ werden stets zur Kasse gebeten.

2016 wurden die Wassergebühren mit den Stimmen der SPÖ um rund 30 % erhöht. Zusätzlich hat die SPÖ bei den Wasser- und Kanalgebühren eine automatische jährliche Erhöhung nach dem Verbraucherpreisindex beschlossen. Es wurde argumentiert man sei gezwungen die Tarife anzuheben. Das Land schreibe die Einhebung von kostendeckenden Tarifen vor. Sonst gäbe es keine Landesförderungen.

Bei den GemeindebürgerInnen sorgt man durch die Androhung von Förderstopps dafür, dass die Gebühren in voller Höhe - noch dazu mit jährlicher Teuerungsbildung - eingehoben werden. Sonderregelungen für Großveranstalter und Konzerne sind offensichtlich kein Problem.

SPÖ, ÖVP und FPÖ sind in Bund, Land und auch in der Gemeinde bestrebt Mittel und Wege zu finden damit die Reichen keine oder möglichst wenig Steuern bezahlen.